

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Tagesblatt Rieser
Gemeinnützige
Verlagsgesellschaft
Rieser Nr. 33

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns
zu Grodenheim beauftragte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Rieser
und des Hauptamtes Weiden

Verlagsort:
Rieser 1580
Verlagsgesellschaft
Rieser Nr. 33

Nr. 35

Freitag, 11. Februar 1938, abends

91. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 8 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenkarte (6 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesetzte 46 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 8 Pfg., die 10 mm breite, 3 gespaltene mm-Zeile im Textteil 25 Pfg. (Grundgröße: Petit 8 mm hoch). Ziffergebühr 27 Pfg., tabellarischer Satz 60%, Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bezahlung oder fernmündlicher Abänderung einzelner Anzeigentexte oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Rängen nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konkurs oder Zwangsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachlass hinfällig. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Rieser. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Rieser, Goethestraße 33.

Die Herren des Strahburger Senders

Drei große elfässische Zeitungen haben gegen die gemeinsame Waffenerhebung des Strahburger Senders protestiert und damit der französischen Regierung eine nicht mehr zu übersehende Warnung erteilt. Es ist von Seiten dieser Blätter einmal ganz offen ausgesprochen worden, daß die Mehrheit der elfässischen Bevölkerung sich eine missbräuchliche Verwendung des Rundfunksenders ablehne. „Was man“ — so schreibt die elfass-lothringische Zeitung wörtlich — „manchmal an verheerender oder ganz offener Feinde und an dreifachen Verdrehungen der Tatsachen zu hören bekommen, übersteigt das Maß des Erträglichen!“

Wenn hätten die Strahburger Sendungen schon manchen ersten Konfliktstoff zwischen Deutschland und der französischen Regierung geboten, aber wir waren gewohnt, die Strahburger Wächterblätter nicht ernst genug zu nehmen. Wir wissen, wer die Herren sind, die unter der Flagge sozialer und gewerkschaftspolitischer Aufklärung das nationalsozialistische Deutschland anpöbeln. Wir wissen auch, woher sie kommen. Juden und Emigranten, denen in Deutschland der Boden unter den Füßen zu heiß geworden war und die sich im letzten Augenblick über die Grenze retten konnten, haben in Frankreich ein Torado geschunden, wo sie entweder als „Literaten“ oder Mautheldensatiristen ihr Gift gegen ungläublichen Assimilationsfähigkeit sind ja rasch die Stützen der französischen Volkfront geworden. Bekanntlich ist nur, daß sie aus den Reihen, die sie in Deutschland begünstigen, nichts gelernt haben. Bei uns hat ihnen das Volk zum Schluß nicht mehr geglaubt, und in ihrer neuen Wahlheimat hat man ihre Vagabundentum sehr schnell durchschaut. Diefelben Typen sind es, die bei der Saarabstimmung, bei der Wiederbelebung der Rheinlande und bei der Einführung der Wehrhoheit in Deutschland ihre schändliche Heide betreiben. Die wenig Erfolge sie damit gehabt haben, haben unsere Erfolge bewiesen. Es wird ihnen sehr wohl die Befähigung zur Deutung des Weltgeschehens, wie man über ihre Machenschaften denken. Daraus sollte man in Paris wenigstens die Folgerungen ziehen und eine Neuordnung des Strahburger Senders vornehmen. Schließlich würde das ja auch den schönen Ministerreden über die erforderliche Ordnung und Bürgerdisziplin entsprechen. Es würde die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich allseitig erhalten, und der elfässischen Bevölkerung könnte der Rundfunk wieder ein Erholungs- und Entspannungsmittel sein. Solange die Weltminister der kommunistischen Weltmacht, weiter anhält, wird die elfass-lothringische Bevölkerung das gleiche tun, was bei uns in Deutschland schon gang und gäbe geworden ist: Wenn irgendwo Jude am Mikrophon erscheint, drehen wir den Lautsprecher einfach ab.

Neue Umstrukturierungsvorbereitungen der Komintern

W. Warschau. Die die polnische Telegraphenagentur aus Prag meldet, in der tschechische Kommunist Gottwald zu einem der 5 Sekretäre der Komintern ernannt worden. Für 1938 plane die Komintern die Schaffung von 3 Zentren für ihre Umstrukturierung in Prag, Basel und Straßburg. Prag werde die Hauptniederlassung der Komintern in Mitteleuropa sein.

Spanienbolschewisten

berühmen sich um Friedensverhandlungen?
W. Paris. Nach einer Meldung des „Four“ aus Barcelona bemüht sich Barcelona seit einigen Wochen verständig darum, mit der Nationalregierung in Verhandlungen zu kommen. Die Ursache hierfür sei in der sich hässlich verschlechternden innenpolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Lage der bolschewistischen Machthaber zu suchen, die nunmehr nach den letzten großen Erfolgen der Nationalen an der Teruel- sowie an anderen Fronten „dringlich eine Lösung erfordere“. Es werde jedoch bezweifelt, daß sich General Franco zu irgendwelchen Verhandlungen bereit erklären wird, die von ihm zu früheren Zeitpunkten schon mehrfach abgelehnt wurden, es sei denn, daß Barcelona seinen Widerstand endgültig einstellt.

Brand auf einer Bauernhochzeit

36 Menschen verbrannt

W. Belgrad. Im Dorf Sretinja in der Nähe von Mostar kamen auf einer Bauernhochzeit bei einem Brande 36 Personen ums Leben. Gegen 100 Personen drängten sich in der großen Stube zusammen, als plötzlich Feuerschwaden von der angrenzenden Scheune hereinströmten. Eine Panik brach aus. Alles drängte sich zu der einzigen Tür. In kürzester Frist war das hochgedeckte Holzhaus niedergebrannt. 36 Personen verbrannten, darunter der Brautigam und seine Eltern. Die Braut wurde schwer verletzt. Man vermutet, daß ein abgewiesener Freier den Brand gelegt hat.

König Georg VI. verschiebt seine Indienreise

W. London. Der englische König hat seine Reise nach Indien, bei welcher Gelegenheit die feierliche Krönung zum Kaiser von Indien erfolgen sollte, aufgeschoben. In einer offiziellen Verlautbarung des Indienministeriums heißt es, daß der König zu dem Entschluß gekommen sei, zu warten, bis sich die allgemeine Weltlage mehr beruhigt habe und die finanziellen Aussichten in Indien geregelter erschienen. Der König habe bei dieser Gelegenheit aber gleichzeitig seinem Wunsch Ausdruck gegeben, sobald es die Umstände erlaubten, Indien zu besuchen.

Regierungswechsel in Rumänien

Das neue rumänische Kabinett gebildet

W. Bukarest. Die Regierung Goga hat am Donnerstagabend ihren Rücktritt erklärt. Die Zeitungen bringen in Sonderausgaben die amtliche Bestätigung für den Rücktritt, den der König angenommen hat. „Universal“ erklärt, daß innen- und außenpolitische Beweggründe Goga zum Rücktritt veranlaßt hätten.

Alle zurückgetretenen Minister wurden zum König gerufen. Nach einer Audienz beim König teilte Maniu, der Leiter der nationalsozialistischen Partei, mit, daß der König eine neue Lösung in Erwägung liege. Die Wahlen würden auf jeden Fall verschoben werden.

Die neue Regierung soll eine Regierung der nationalen Zusammenfassung werden.

Der Rücktritt der Regierung Goga hat innen- und wirtschaftspolitische Gründe. Durch das neue Regierungsprogramm ist der Haushalt hart belastet. Eine Ueberbrückung mit Hilfe der Nationalbank erwies sich als unmöglich. Die demokratischen Oppositionsparteien suchten den König davon zu überzeugen, daß nur eine Regierung, die alle nationalen Kräfte vereinige, dem Lande Ruhe bringen könne, da die kommenden Wahlen sonst sehr blutig werden könnten.

Unter dem Vorsitz des Königs tagte am Donnerstagabend ein Kronrat, an dem alle früheren Ministerpräsidenten und alle Parteiführer außer Godreanu teilnahmen. Anschließend betraute der König den Patriarchen Miron Cristea mit der Regierungsbildung.

Ministerpräsident Patriarch Cristea

Die neue rumänische Regierung ist noch in der Nacht gebildet worden. Gegen 3 Uhr früh wurde folgende Zusammenfassung halbamtlich bekannt:

Ministerpräsident: Patriarch Miron Cristea,
Staatsminister: Die ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Angelescu, Warichall Averescu, Professor Jorga, Mironescu, Vaida-Voevod, Baltoiannu, Zatarescu, gleichzeitig Außenminister,
Finanz- und vorläuf. Justizminister: Cancelescu (liberal),
Gesundheitsminister: Cokinescu (liberal),
Kultur- und Unterrichtsminister: Jambuti (liberal),
Verkehrsminister: Dr. Angelescu (Rumänische Front),
Arbeitsminister: Rihedes (Rumänische Front),
Industrie- und Handelsminister: Argetoianu (Präsident der Agrarpartei),
Landwirtschaftsminister: Professor Jonelescu-Efleschi (Vertrauensmann von Professor Jorga),
Innenminister: Calinescu (ehemals National-Frontist),
Minister für Krieg, Marine, Luftfahrt: General Ion Antonescu,
Unterstaatssekretär: General Paul Theodorescu.

Der Ministerpräsident Patriarch Miron Cristea, der im 72. Lebensjahre steht, ist seit 1925 Oberhaupt der Rumänisch-Orthodoxen Kirche und war vorher Bischof im Banat. Der Patriarch genießt ein außerordentlich großes Ansehen im rumänischen Volk.

Die neue rumänische Regierung bereits vereidigt

Belagerungszustand verhängt — Revision der Verfassung angekündigt und Parteitätigkeit ausgelehrt

Die neue Regierung hat noch im Laufe der Nacht den Eid abgelegt. Durch königliches Dekret ist der Belagerungszustand zur Aufrechterhaltung der Ordnung verhängt worden. Alle Nachrichten sind in die Hände der militärischen Organe gelegt worden, die auch die Pressezensur handhaben und Versammlungen verbieten und auflösen können. Der Belagerungszustand wird aufgehoben, wenn es für zweckmäßig angesehen wird. Bergehe werden durch die Militärgerichte abgeurteilt. Die Tätigkeit der Parteien wird bis zur Revision der Verfassung einseitig ausgelehrt. Das Parlament wird vorläufig nicht zusammengetreten. Sämtliche Präzedenz des Landes sind abgerufen worden und durch Militärpräzedenz ersetzt.

Bei der Eidesablegung des neuen Kabinetts hat König Carol eine Rede gehalten, in der er ausführte, daß es ein außerordentliches Augenblick in der Geschichte des rumänischen Volkes sei. Er danke dem Vaterlandsgesühl und dem Pflichtgefühl der ehemaligen Ministerpräsidenten, die sich zur Verfügung gestellt hätten. Rumänien trete in einen neuen Zeitraum ein, in dem Fortschritt der Ver-

von den ehemaligen Ministerpräsidenten sind nur Goga und Maniu nicht in das Kabinett eingetreten. Die liberalen Minister und der Landwirtschaftsminister haben dem Kabinett Tatarescu angehört. General Antonescu, der Kriegsminister im Kabinett Goga war, hat das Marine- und Luftfahrtministerium noch hinzugenommen. Außer ihm hat noch der Innenminister Calinescu der Regierung Goga angehört.

„Die Folge jüdischer Machenschaften“

Polnische Urteile über den Rücktritt Gogas

Obwohl die Blätter zum Rücktritt der Regierung Goga im einzelnen noch nicht Stellung nehmen, geht aus den Ueberschriften doch hervor, wie lebhaften Anteil man in Warschau an der Entwicklung in Rumänien nimmt. „Gazeta Polska“ und „Przekorannu“ veröffentlichten eine Meldung aus Bukarest, in der auf die Gründe des Regierungswechsels eingegangen wird. Einer der Hauptgründe sei wohl die Spannung gewesen, die sich zwischen der Eisenen Garde, die immer einflussreicher unter der Bevölkerung werde, und allen anderen Gruppierungen entwickelt habe. Die Enthaltung der Eisenen Garde von der Wahlpropaganda habe zwar die Gefahr einer Verwicklung der innerpolitischen Lage fürs erste beseitigt, aber eine endgültige Klärung nicht erleichtert. Weiter wird in der Meldung darauf hingewiesen, daß die von Goga geförderte Entwicklung besonders in Frankreich und England unliebsam verfolgt worden sei. Die neue Regierung werde vielmehr einen autoritativen Charakter tragen und werde sich auf das Vertrauen und den Willen des Königs stützen. Es sei aber nicht unmöglich, daß sie nur einen Uebergangscharakter trage und ihre Aufgabe dann für beendet halte, wenn sich die Öffentlichkeit im Lande beruhigt habe.

Der regierungsfreundliche „Kurjer Porannu“ schreibt, es sei zunächst noch schwer, über die plötzliche und wichtige Umstellung in Rumänien ein Urteil zu fällen. Es sei keineswegs ausgeschlossen, daß in der Hauptache äußere Schwierigkeiten den Rücktritt der Regierung Goga veranlaßt haben. Das Blatt verweist hierbei auf die Machenschaften des internationalen Judentums in Genf. Man könne aber darauf hinweisen, daß mit keinen besonderen Änderungen in der äußeren Politik Rumäniens zu rechnen sei. Die Unterbrechung der persönlichen Kontrolle des Königs Carol und sei infolgedessen unabhängig von dem gerade im Amt befindlichen Außenminister. Die Außenpolitik Antonescus sei von Niculescu fortgesetzt worden, und mit Gewißheit werde auch der neue Außenminister die gleiche außenpolitische Linie einhalten.

Die Wahlen in Rumänien rückgängig gemacht

W. Bukarest. Die die Presse mitteilt, sind die für den 2. März anberaumten Wahlen durch königliches Dekret rückgängig gemacht worden.

Die neue rumänische Regierung bereits vereidigt

Belagerungszustand verhängt — Revision der Verfassung angekündigt und Parteitätigkeit ausgelehrt

angewandtheit mit größter Energie und mit Nachdenken verbessert werden müßten. Er, der König, wisse, daß jeder Minister bereit sei, ihm mit aller Energie zu helfen. Ueber die Antwortrede des neuen Ministerpräsidenten ist amtlich nichts mitgeteilt worden. Inzwischen hat der König einen Aufruf an das Volk erlassen, in dem er davon spricht, daß Unruhe und Verwirrung in das Leben und die Seele des rumänischen Volkes eingeschleift seien. Sie veranlassen nach einer Entscheidung. Rumänien müsse gerettet werden und er sei entschlossen, dies zu tun nach derjenigen Richtlinie der Belange des Vaterlandes. Aus diesem Grunde habe er eine neue Regierung unter der Präsidenschaft des rumänischen Patriarchen berufen, eine Regierung von Männern der Verantwortung. Diese Regierung werde das Verwaltungsgeschehen des Staates entpolitisieren und sich einen Befehl der Verfassung entsprechend den Notwendigkeiten des Landes vorbehalten. Er, der König, habe sich entschlossen, diesen Weg mit aller Energie und mit Ueberzeugung zu gehen, daß er für das Land notwendig sei.

Das Wüten der Roten an der Teruel-Front

Zehntausende Personen erschossen — Ortschaften völlig ausgeplündert

W. Saragossa. Die ausländischen Journalisten beklagen das von den nationalen Truppen in den letzten Tagen an der Teruel-Front eroberte Gebiet, wo zur Zeit völlige Ruhe herrscht, da die Bolschewisten entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit keine Gegenangriffe unternommen haben. Die Pressekorrespondenten konnten sich von den gewaltigen Mengen erbeuteten Kriegsmaterials überzeugen und sich mit Befragten unterhalten, deren Zahl auf ungefähr 10000 angeht. Sie wurden von den Bolschewisten völlig ausgeplündert. Alle männlichen Einwohner im Alter von 15-40 Jahren wurden von den Roten unter Todesdrohungen gezwungen, mit ihnen mitzugehen. Zurückgebliebene Frauen berichteten, daß zehntausende Personen, deren soziale Stellung über dem Durchschnitt lag, von bolschewistischen Horden grausam verfolgt und erschossen wurden.

Empfang in der Deutsch-Französischen Gesellschaft

W. Berlin. Zu Ehren des Präsidenten des Comite Franco-Allemaigne, Georges Scavini, des Präsidenten der Union Nationale der französischen Frontkämpfer, Jean God, und des Präsidenten der Union Föderale der französischen Frontkämpfer, Henri Bichot, fand am Donnerstag in der Berliner Haus der Deutsch-Französischen Gesellschaft ein Empfang statt, der einen sehr starken Besuch aufwies. Der Vorsitzende der Deutsch-Französischen Gesellschaft, Prof. von Arnim, begrüßte in einer Ansprache die französischen Gäste, welche zu einer Arbeitsbesprechung über die für 1938 geplante Tätigkeit der Deutsch-Französischen Gesellschaft und des Comite Franco-Allemaigne in die Reichshauptstadt gekommen waren. Der Abgeordnete Scavini dankte ihm mit warmen Worten, und dem Hinweis auf die unbestreitbaren Erfolge, die in der Verhandlungsarbeit der beiden Gesellschaften und der Frontkämpferverbände erzielt worden sind.